

Dresdner Neueste Nachrichten

Abzugspreis: Die...
im Anblich an...
...
...
...

Redaktion, Verlag...
Dresden 20...

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreis: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M.
Zudem ins Haus monatlich...
Postbetrag für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich...
...
...
...

Handstr. 1 • Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach • Fernruf: Ortst. 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden
werden wieder zurückgefordert noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben wir keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatztellung bei entsprechenden Umständen
N. 40
Sonntag, 26. Februar 1933
41. Jahrgang

Schwere Kämpfe in Ostasien

Der Völkerbund setzt einen Beobachtungsausschuß ein — Scharfe italienische Erklärungen zur Hirtenberger Affaire — Die Hilfspolizei in Preußen

Rom wird deutlich

Telegramm unseres Korrespondenten
Rom, 25. Februar

In der italienischen Kammer hat gestern abend der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Zucchi, in Beantwortung einer Interpellation sehr klar und unabweisend formulierte Erklärungen über das neue Einverständnis der Kleinen Entente und die Affaire von Hirtenberg abgegeben.

Zucchi erklärte: Wir wissen noch nichts über die Einzelheiten des Genfer Pakts der Kleinen Entente, vor allem aber die militärischen Klauseln, die er ohne Zweifel enthält. Aber man kann feststellen, daß die Beteiligung von solchen politisch-militärischen Pakt wenig zu wünschen ist.

die im Widerspruch zum Völkerbundsgeleit stehen. Wir brauchen trotzdem die Bedeutung des Pakts nicht zu überschätzen, der viel weniger die italienische Regierung befristet, als es der Völkerbund befristet hätte, der umschließt den Abschluß solcher Bündnisse bis zum Jahre 1934, ohne sich umfänglich zu kompromittieren. Was die Affaire von Hirtenberg betrifft, so hat man sehr viel Ärger um nichts gemacht.

Die paar alten Gewehre lösen nicht das Klammere. Scheinbar aber gibt es Arzenei, die die Meinung sind, daß das Österreichische Bundesgebiet unter unschweren Umständen für die Durchreise schwerer, mit modernem Kriegsmaterial belasteter Fahrzeuge für die Kleine Entente bestimmt sei. Trotzdem gibt die Affaire von Hirtenberg Anlaß zu einigen ersten Betrachtungen. Die Tonart der englisch-französischen Note erweist, daß es in Europa zwei Arten von Staaten gibt: die einen, denen alles erlaubt ist, und die andern, denen alles verboten sein soll.

Man glaubt, mit den Staaten der zweiten Kategorie in einem Ton sprechen zu können, den ein freier und souveräner Staat unter keinen Umständen dulden darf. Italien hat, nachdem es den Inhalt der Note kennen lernte, Deckerrecht unterhalten. Man kann aus alledem nur den Schluß ziehen, daß die ernste Situation, in der sich Europa befindet, dringende Abhilfe erfordert.

Nach der Rede Zucchis gab es lebhaften Beifall an die Adresse Mussolinis, der der Sitzung beigewohnt hatte. Obwohl die italienische Presse erklärt, daß nach den Auslassungen Zucchis die Affaire von Hirtenberg abgeschlossen sei, sind die politischen Kreise der italienischen Hauptstadt weiterhin stark beunruhigt. Die Erklärung der Kleinen Entente, daß sie den Völkerbund als Mittel zur Lösung der Hirtenberger Angelegenheit nicht vor den Völkerbund zu bringen, veranlaßt das „Giornale d'Italia“ zu neuen heftigen Angriffen. Wenn die Kleine Entente sich noch einmal lächerlich machen wollte, schreibt das offiziöse Blatt, so sollte sie nur nach Genf gehen.

Die Kleine Entente verlangt neue Schritte
Telegramm unseres Korrespondenten
Paris, 25. Februar

Wie aus Genf hierher berichtet wird, verlangt der schweizerische Außenminister Benesch von Paul Boncour einen neuen Schritt der französischen und englischen Regierung in Wien. Nach Ansicht des Dr. Benesch sei die Wiener Regierung noch verschiedene Aufklärungen schuldig, insbesondere genaue Mitteilungen über die Tätigkeit des bisherigen Direktors der Bundesbahnen, Secklauer. Im Einverständnis mit den Vertretern Rumänens und Jugoslawiens ersucht Dr. Benesch den französischen Außenminister Paul Boncour, die Frage der Überlieferung österreichischer Gebietes durch fremde Truppen an die Wiener Regierung grundsätzlich zu erörtern. Das rechtsstehende „Journal“ behauptet die Antidiskredition Secklauer zu drücken und beleuchtenden Nachforschungen gegen die Wiener Regierung.

Die neuen Reichsgarantien

Berlin, 25. Februar, (Durch Funkgespräch)

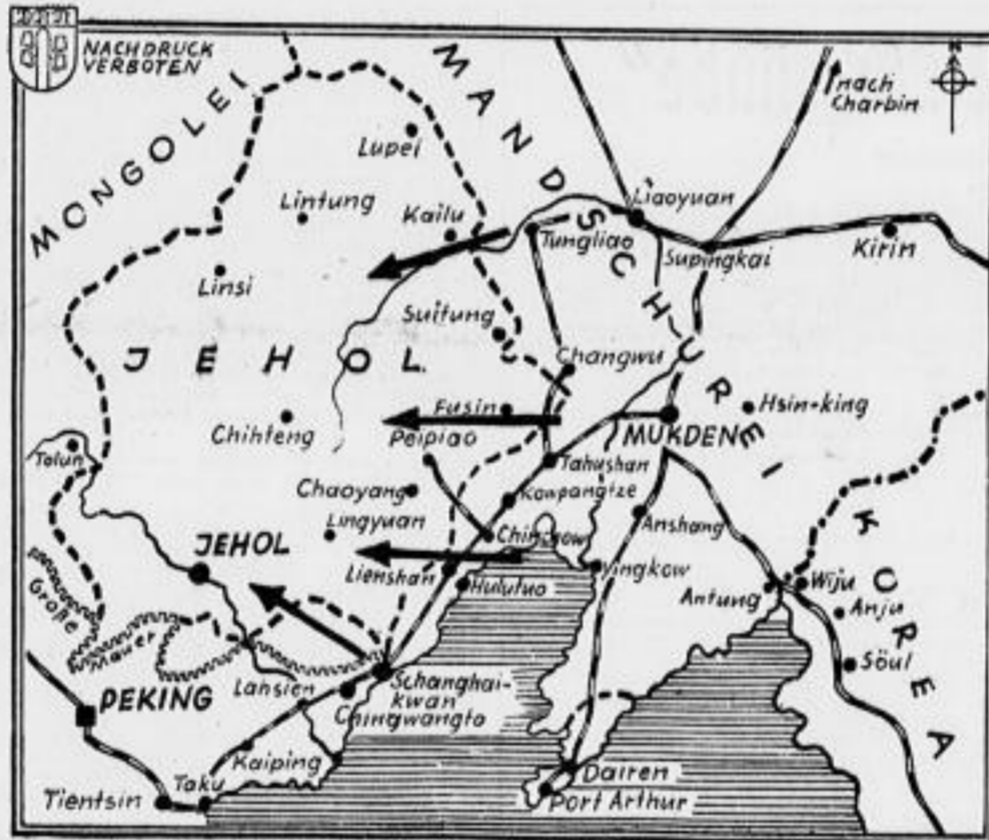
Der Höchstbetrag für die vom Reich zu übernehmenden Ausgaben für Instandhaltung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden landwirtschaftlicher Betriebe, Nutzung von Wohnungen und Umbau sonstiger Räume zu Wohnungen ist nach der im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 10 veröffentlichten Verordnung auf 100 Millionen Reichsmark festgelegt worden. Die betreffenden Arbeiten müssen bis zum 1. Juli 1933 begonnen sein.

Die japanische Offensive in Jehol

Sonderaufschlag der Dresdner Neueste Nachrichten
Peking, 25. Februar, (Durch United Press)

Die japanische Offensive in Jehol ist in vollem Gange. Von den japanischen Militärbehörden in Tientsin ist heute offiziell bekanntgegeben worden, daß die strategisch wichtige Stadt Kaifu (vgl. die Karte — s. Red.) am Freitagmittag von japanischen Truppen besetzt worden ist. Einem in Peking ver-

wiedererobert worden. Im Gegensatz zu dieser Meldung der chinesischen Geregeltung wird aus Tientsin berichtet, daß sich die Stadt Peipiao noch in japanischen Händen befindet. Außerdem sollen die japanischen Flugzeuge durch wiederholtes Bombardement die Landstraße nach der Hauptstadt der Provinz Jehol dem japanischen Vormarsch geöffnet haben.



Öffentliches Communiqué der chinesischen Geregeltung zufolge haben dagegen zur Zeit noch schwere Kämpfe um Kaifu statt. Die Truppen haben auf beiden Seiten hart unter der bitteren Kälte zu leiden, die 15 Grad unter Null beträgt. Infolge dieser Kälte sind die Waffengewehre zum Teil unbrauchbar geworden. Wie es in dem chinesischen Communiqué heißt, haben mongolische Truppen unter dem Schutze von schwerem Artilleriefeuer die Stadt Kaifu dreimal hintereinander angegriffen. Den Chinesen gelang es aber jedesmal, die Angreifer zurückzuschlagen. Japanische und mandchurische Truppen haben Verluste, während eines dreitägigen Kampfes die Stadt Kaifu zu umgeben. Dieser Verlust mühte aber infolge der starken chinesischen Gegenwehr ausgehen werden. Bei den Kämpfen um Kaifu sollen die Chinesen 100 Mongolen gefangen genommen und drei Waffengewehre erbeutet haben. Die Stärke der in der Nähe von Kaifu konzentrierten japanisch-mandchurischen Truppen wird auf 12.000 Mann geschätzt, denen 40 Flugzeuge zur Verfügung stehen.

Im übrigen dürften die japanischen Berichte, daß Kaifu unterdessen gefallen sei, den Tatsachen entsprechen. Denn auch in Peking wurde heute vormittag angegeben, daß man sich auf eine eventuelle Rückgabe Kaifus vorbereite. Man erklärt, daß die Verteidigung Kaifus um jeden Preis in dem allgemeinen chinesischen Verteidigungsplan für die Provinz Jehol nicht vorgesehen sei. Man weiß darauf hin, daß diese Stadt sich inmitten einer flachen Ebene befindet, während der chinesischen Widerstand gegen den japanischen Einmarsch nach Jehol erst in dem gebirgigen Teil der Provinz beginnen wird.

Auf die Größe Plünzungen und Plünderungen haben die Japaner Lust angriffe durchgeführt. Durch das Plünderverbot sollen zahlreiche Gebäude zerstört und unter der Bevölkerung erhebliche Opfer verurteilt worden sein. Dem chinesischen Bericht zufolge ist die Stadt Peipiao, die in japanische Hände gefallen war, am Freitag abend von den Chinesen

Frankreich für Japan

Telegramm unseres Korrespondenten
Paris, 25. Februar

Japans Beitritt zu den Arbeiten des Völkerbundes nicht mehr zeitlich, erregt in französischen Regierungskreisen tiefe Bedauern und gibt der ganzen Presse Veranlassung, Empfindungsäußerungen an die Adresse Japans zu richten. Man erwartet, daß der Vollstrecker in Paris, Bagatella, Anfang März den Austritt Japans aus dem Völkerbund dem Staatspräsidenten zur Kenntnis bringen werde. Der „Temps“ behauptet den Verlust Japans im Völkerbund ganz besonders und weist darauf hin, daß der Plan Frankreichs, den Bund unverändert zu erhalten, gescheitert ist. Lieber die Haltung Frankreichs vertritt der „Temps“, daß

irgendwelche Zwangsmassnahmen gegen Japan überhaupt nicht in Frage kämen.

Beide in wirtschaftlicher noch in finanzieller Hinsicht würden die französisch-japanischen Beziehungen eine Zerrung erfahren. Der Tokioer Regierung empfiehlt man, in direkte Verhandlungen mit China einzutreten. Der freundschaftliche Ton, in dem alle Verhandlungen der Presse gehalten sind, läßt deutlich erkennen, daß die französische Diplomatie weit davon entfernt ist, aus dem Beistand der Völkerbundsammlung praktische Folgerungen zu ziehen. Ein aus der Völkerbundsammlung hierher gedruckenes Verzeichnis, Sowjetland befristete, in dem Völkerbund einzutreten, unter der Bedingung eines künftigen Rücktritts, wird auf der sowjetrussischen Botschaft demontiert. Der offizielle „Welt Parisien“ befragt in einem von Paul Boncour inspirierten Genfer Bericht Japans Abgang. Es wird die erste Befragung ausgesprochen, daß sich das Gleichgewicht im Völkerbund zugunsten der nichtständigen Mitgliedstaaten verschieben könnte. „Man darf nicht vergessen“, schreibt der „Welt Parisien“, „daß Japan in allen europäischen Fragen (Wiederbehalten, Anwendung der Friedensverträge) Frankreich besonders nützlich war.“

Es genügt in dieser Hinsicht daran zu erinnern, daß der japanische Vertreter seit Jahren Vertreterhafter der Danzig-Polnischen Streitigkeiten war und damit auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einen gewissen Einfluss ausübte.“

Der neue Krieg

Nach dem Spruch des Völkerbundes

Zum ersten Male hat der Völkerbund seine Stellung gegen eine Ordonnanz angenommen. Er hat in seiner kürzlichen Sitzung (wir berichteten bereits im größten Teile der Ausgabe darüber) ein moralisches Verdammungsurteil über Japan gefällt und die Unrechtmäßigkeit der japanischen Operationen in der Mandschurei festgehalten. An der Abstimmung beteiligten sich 41 Staaten, von denen 12 für Annahme des Beschlusses stimmten. Wegen der Annahme erklärte sich allein Japan, während sich die übrigen Stimmten enthalten.

Es war ein geschichtlicher Augenblick, der für die Zukunft des Völkerbundes von ganz unbeschreiblicher Wichtigkeit sein kann, als sich nach dieser Abstimmung der japanische Delegierte Matsuo erhub und nach einer kurzen Erklärung mit allen japanischen Delegierten und allen im Jahrverraum anwesenden Völkern das Völkerbundsgebäude verließ. An der Nachmittags-sitzung der Völkerbundversammlung nahm die japanische Delegation schon nicht mehr teil. Ein Teil reist mit dem Kaiser Maruwa noch heute ab. Damit hat sich Japan zunächst einmal von der weiteren Teilnahme an den Völkerbundverhandlungen über den fernöstlichen Konflikt zurückgezogen. Eine Erklärung des offiziellen Austritts aus dem Völkerbund liegt zur Stunde aber noch nicht vor. Die endgültigen Beschlüsse sollen in diesen Tagen in Tokio gefaßt werden, und man erwartet diesen endgültigen Schritt Japans für Anfang März. Unklar ist, wie weit Japan seinen Rückzug aus Genf auch auf die Abrüstungskonferenz ausdehnen wird. Bekanntlich ist die Abrüstungskonferenz zwar unter dem Patronat des Völkerbundes einberufen, gehören aber auch nicht zum Konflikt in Ostasien zugehörigen Staaten, wie Sowjetland und die Vereinigten Staaten, teil.

Die Völkerbundversammlung trat gestern nachmittags noch einmal zusammen und beschloß, einen Beratenden Ausschuss einzusetzen. Diefem Beratenden Ausschuss gehören die Mitglieder des früheren Neunzähler-Ausschusses an, der den entscheidenden Bericht über die mandchurische Frage erstattete, ferner Holland und Kanada. Einladungen sollen auch an Russland und die Vereinigten Staaten ergoßen. Dieser Ausschuss soll den Konflikt in Ostasien weiter verfolgen und der Völkerbundsammlung, wenn er es für nötig hält, Bericht erstatten.

Der Genfer Urteilsspruch hat zunächst natürlich nur platonischen Charakter. Nach der Völkerbundsammlung darf kein Staat nach dieser Entscheidung innerhalb von drei Monaten zum Arzenei schreiben. Das gilt auch für Japan, das unterdessen in ohne Rücksicht auf alle Genfer Beschlüsse seine Offensive in der Provinz Jehol begonnen hat. Außerdem darf keiner der Völkerbundstaaten in dieser Streitfrage auf japanische Seite treten und China den Krieg erklären. Das ist aber auch alles. Irgendwelche Schritte zur Erzwingung der Wiederherstellung der Rechtslage im Fernen Osten auf Grund des Völkerbundsbeschlusses werden nicht unternommen, da der Völkerbund in dieser Selbstkenntnis weiß, daß er dazu nicht die Macht hat.

Die Pariser Presse verurteilt heute Japan ihre Arzambacht und ihr ganz besonders Vertrauen und beklagt die Entwicklung in Genf. Die Haltung der englischen Regierung ist unklar. Wie aus dem heutigen Bericht unseres Londoner KP-Korrespondenten hervorgeht, wäht in England aber die Meinung gegen den Waffenhandel nach Japan. Seit einigen Wochen hat die englische Waffenzulassungsektion (Exportkontrolle) und Japan hat große Aufträge teils direkt, teils durch andere asiatische Mittelsmänner erteilt. Heute nehmen — ein bemerkenswertes Zeichen — zum ersten Male sogar die „Times“, die bisher außerordentlich japanfreundlich waren, gegen diesen Waffenhandel Stellung. Es ist auch kein Zweifel, daß ein großer Teil der englischen öffentlichen Meinung antijapanisch empfunden. Trotzdem sind die Demingungen in Downing Street außerordentlich groß. Denn für England liegt im Fernen Osten sehr viel auf dem Spiele und es mühte deswegen einen irgendetwas erziehenden Konflikt mit dem asiatischen Anleiche gerne vermeiden. Diese Stimmung dürfte dieser Tage der volkstümliche „Daily Express“ aus, der seinen Vektorartikel mit den Worten abschließt: „Last and as you see and immer daran denken, daß die Hauptstadt Großbritanniens London ist und nicht Genf.“ Das heißt, daß die für England bindenden Beschlüsse nur im englischen Interesse von der englischen Regierung in London gefaßt werden können und nicht von

055
068
425
085
095
2.
1875
125
1950
550
095
240
975
650
1175
1550